

Durch Arbeitszeitverlängerung aus der Beschäftigungskrise?

Klaus Bartsch

In jüngerer Zeit wird die Verlängerung der Arbeitszeit ohne Lohnausgleich von zahlreichen Unternehmensverbandsvertretern und Konzernspitzen, Politikern unterschiedlicher Couleur und prominenten Mainstream-Ökonomen übereinstimmend als eine Art Königsweg zu mehr Wachstum und Beschäftigung angepriesen. Die Verkürzung der tariflichen Arbeitszeit im Verlauf der letzten Jahrzehnte hingegen wird nachgerade als eine zentrale Ursache der Massenarbeitslosigkeit dargestellt. Vor dem Hintergrund solcher Behauptungen ist eine makroökonomische Wirkungsanalyse der Rückkehr zur tariflichen 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich in Deutschland besonders nützlich: Stützen die Effekte derartige Argumentationen?

1 Einleitung

Ob und in welchem Umfang Arbeitszeitverkürzung einen aktiven und nachhaltigen Beitrag zur Erhöhung des Beschäftigungsniveaus leisten kann, ist auch im empiriegestützten wissenschaftlichen Diskurs umstritten. Die zahlreichen, methodisch unterschiedlichen empirischen Studien, die die Beziehung zwischen Arbeitszeit und Beschäftigung untersuchen, kommen mitnichten zu einhelligen Ergebnissen.¹ Zusammenfassend lässt sich jedoch feststellen, dass sowohl Simulationsrechnungen auf der Basis von makroökonomischen Modellen als auch ökonomische Partialanalysen für Deutschland nur selten Evidenz für einen direkt gleichgerichteten Zusammenhang von Beschäftigung und Arbeitszeit liefern; dies gilt damit also auch für die Wirksamkeit von Arbeitszeiterhöhungen als Mittel der Beschäftigungsausweitung. Lediglich das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) prognostiziert auf der Basis einer eigenen Modellrechnung bereits in der kurzen Frist von anderthalb Jahren kräftige Wachstums- und beachtliche Beschäftigungseffekte einer Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich um eine Wochenstunde (IW 2003).

Ist die Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich möglicherweise doch der lange verkannte beschäftigungspolitische „Stein der Weisen“?

Im Folgenden werden die Ergebnisse einer eigenen makroökonomischen Simulationsstudie zu den Wirkungen einer allgemeinen Erhöhung der tariflichen Wo-

chenarbeitszeit um drei Stunden ohne Lohnausgleich (im Folgenden: AZE) dokumentiert,² die einen Beitrag zur Beantwortung dieser Frage liefern soll.

2 Der Aufbau der Szenarien

Die Simulationsrechnungen wurden mit dem makroökonomischen Deutschlandmodell LAPROSIM³ (Bartsch 2002) für den Zeitraum von 2005 bis 2014 durchgeführt. Sie ermöglichen dadurch die Abschätzung sowohl der kurz- als auch der langfristigen Wirkungen der simulierten Politik. Die Ergebnisse werden jeweils als Differenz der jeweiligen Alternativlösung zur Referenzlösung ausgewiesen.

2.1 DAS REFERENZSZENARIO

Das *Referenzszenario* ist eine aktualisierte Fassung des im WSI-Standortbericht 2004 Beschriebenen (Hein et al. 2004). In das Szenario gehen neben den derzeit absehbaren Grundlinien der Entwicklung zentraler weltwirtschaftlicher und demographischer Parameter vor allem die Kernelemente der aktuellen wirtschafts- und fiskalpolitischen Beschlusslage ein. Auf der Basis der Informationen dieses Szenarios wird eine Referenzlösung mit dem Zeithorizont 2014 erstellt.

2.2 DIE ALTERNATIVSZENARIEN

Die beiden Alternativszenarien gehen von einer Erhöhung der tariflichen Arbeitszeit um drei Stunden ohne Lohnausgleich mit bzw. ohne Haushaltsausgleich aus.

Das Szenario *Arbeitszeiterhöhung ohne Lohnausgleich* (AZE) beinhaltet eine Erhöhung der tariflichen Wochenarbeitszeit je Vollzeitbeschäftigtem um drei Stunden. Die effektive Wochenarbeitszeit steigt dadurch innerhalb von zwei Jahren nur um etwa 2,4 Stunden, da u. a. zu erwarten ist, dass durch Erhöhungen der tariflichen Arbeitszeit bezahlte Überstunden ersetzt werden.

Im „Normalfall“ beeinflussen Veränderungen der effektiven Wochenarbeitszeit den durchschnittlichen Monatslohn der Modellökonomie gleichgerichtet. Eine Arbeitszeiterhöhung hätte in diesem Fall

1 Vgl. exemplarisch folgende makroökonomischen Simulationsstudien für Deutschland: Klaunder et al. (1996); Bartsch et al. (1997); Citigroup (2004). In letzterer Studie wurden die Effekte von Arbeitszeitverlängerungen untersucht. Als partialanalytische ökonomische Studien für Deutschland und europäische Länder: Hunt (1996); Logeay et al. (2003); Böckermann et al. (1998); Schank (2003); Steiner et al. (2000).

2 Dieser Beitrag ist ein Auszug aus einer umfangreicheren Studie gleichen Titels, die als Nr. 100 im März 2005 in der Reihe „Arbeitspapiere der Hans-Böckler-Stiftung“ erscheinen wird.

3 Die aktuelle Version LAPROSIM QD 9.14 E enthält 289 Gleichungen, von diesen sind 96 stochastische Verhaltensgleichungen. Das Modell enthält ein einfaches Europamodul, um die Grundzüge der außenwirtschaftlichen Verflechtung Deutschlands mit der übrigen EU interdependent abbilden zu können.

Klaus Bartsch, Dipl.-Ökonom, Ökonometrische Prognose- und Simulationsmodelle, 27356 Rotenburg a.d. Wümme.
e-mail: Bartscheconometrics@t-online.de

Tabelle 1: Szenario AZE: Arbeitszeiterhöhung um drei Stunden ohne Lohnausgleich

Jahr	2009	2014
Entstehung		
Erwerbstätige in 1000	-1322	-622
Erwerbstätige in %	-3,5	-1,6
Arbeitslose in 1000	+714	+322
Arbeitslosenquote in Prozentpunkten	+1,9	+0,8
Arbeitsvolumen der Lohnabhängigen in %	+2,5	+4,7
Sachkapitalstock des Unternehmenssektors in %	-0,6	-0,0
Erwerbstätigenproduktivität in %	+3,4	+3,1
Stundenproduktivität, Lohnabhängige in %	-2,2	-2,8
Kapazitätsauslastung in Prozentpunkten	+0,6	+1,3
Verwendung in %		
Reales BIP in %	-0,2	+1,4
Privater Konsum, real in %	+0,3	+1,6
Investitionen der Unternehmen o. Wohnbau, real in %	-1,8	+3,1
Wohnungsbauinvestitionen in %	-2,1	+5,0
Exportvolumen in %	-1,0	-0,3
Importvolumen in %	-1,1	-0,0
Außenhandelsüberschuss real in %	-0,2	-3,2
Preise in %		
Konsumentenpreisdeflator in %	-5,2	-7,1
Investitionsgüterdeflator in % (Investitionen ohne Wohnbau)	-3,3	-4,3
Lohnstückkostenindex in %	-14,1	-15,3
Exportpreisdeflator in %	-4,1	-6,4
Importpreisdeflator in %	-4,1	-6,4
Verteilung		
Bruttolohnsatz nominal in %	-10,3	-12,1
Nettolohnsumme in %	-12,2	-10,6
Nettosozialtransfers in %	-3,3	-6,1
Nettogewinn- und Vermögenseinkommen in %	+11,4	+12,9
Durchschnittlicher Nettoallohnsatz in %	-3,6	-2,0
Durchschnittlicher realer Nettotransfereinkommenssatz je Nichterwerbstätigen in %	-1,3	-0,5
Durchschnittlicher realer Nettogewinn- und Vermögenseinkommenssatz je Selbständigen in %	+17,5	+21,6
Sachkapitalrendite in Prozentpunkten	+1,9	+1,9
Staat		
Summe der Sozialversicherungssätze in Prozentpunkten	+1,7	+0,7
Defizitquote in Prozentpunkten (negatives Vorzeichen: Verschlechterung)	-2,6	-2,5
Relation Schuldenstand zu BIP in Prozentpunkten	+11,1	+20,3
Zinsen und Wechselkurse		
Kurzfristiger Zinssatz in Prozentpunkten	0,0	+0,3
Langfristiger Zinssatz in Prozentpunkten	0,0	+0,1
USD/EUR-Wechselkurs in US-Cent	+10,5	+9,2
Quelle: Eigene Berechnungen.		

WSI Hans Böckler Stiftung

höhere Monateinkommen zur Folge. Um den fehlenden Lohnausgleich abzubilden, wurde der Einfluss der Arbeitszeit auf den Monatslohn in der Einführungsphase der simulierten Politik unterdrückt; die zusätzlichen Arbeitsstunden werden nicht zusätzlich vergütet. Somit sinken die Stundenlöhne, während die Monateinkommen auf die kurze Frist betrachtet konstant bleiben.⁴

Alle weiteren durch die AZE induzierten Wirkungen auf das Lohnniveau, welche sich im Simulationszeitraum aus der Ver-

änderung des Wachstumspfad, des Preisniveaus, der Arbeitsmarktlage und daraus abgeleitet aus der Verhandlungsmacht der Gewerkschaften ergeben, werden hingegen in den Simulationslösungen berücksichtigt.

In einem zweiten Alternativszenario *Arbeitszeiterhöhung ohne Lohnausgleich bei langfristiger Haushaltsneutralität (AZE_N)* wurde zusätzlich die Randbedingung eines langfristigen Ausgleichs der höheren Haushaltsdefizite, die gegenüber dem Referenzszenario infolge der Politik des Szenarios

AZE entstehen, bis zum Ende des Simulationszeitraumes eingeführt. Die Anpassungen erfolgten der operationalen Einfachheit halber über eine fortlaufende Kürzung der öffentlichen Beschäftigung, der konsumtiven staatlichen Ausgaben (ohne Löhne⁵), der Sozialausgaben und der Subventionen nach dem „Rasenmäherprinzip“ um etwa 20 % bis 2014. Zusätzlich wurde der Umsatzsteuererregelsatz als Näherungssatzvariable für die Verbrauchsteuersätze schrittweise um 3,2 Prozentpunkte erhöht.

3

Die Hauptergebnisse der Simulationen

3.1 LANGFRISTIGE EFFEKTE OHNE AUSGLEICH ZUSÄTZLICHER ÖFFENTLICHER DEFIZITE

Eine unmittelbare Wirkung der allgemeinen Arbeitszeitverlängerung um drei Wochenarbeitsstunden ohne Lohnausgleich ist ein schockartiger Anstieg der Erwerbstätigenproduktivität (Tabelle 1). Dadurch wird aber zugleich das Niveau der „Beschäftigungsschwelle“, d. h. jener Wachstumsrate, welche das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) aufweisen muss, um ein zumindest unverändertes Beschäftigungsniveau zu sichern, erheblich angehoben. Mit anderen Worten: Um das Beschäftigungsniveau gegenüber der Referenzlösung auch nur stabil zu halten, muss das reale BIP prozentual in etwa ebenso stark steigen wie die Arbeitsproduktivität. Tatsächlich jedoch sinkt das reale BIP bereits im ersten Jahr (2005) gegenüber der Referenzlösung um etwa 0,9 Prozentpunkte ab (Abbildung 1), während gleichzeitig die Erwerbstätigenproduktivität um 2,1 % steigt. In der Folge entstehen bereits 2005 Beschäftigungsverluste in Höhe von etwa 1,1 Mio. Menschen bzw. 2,9 % des Referenzniveaus. Im Folgejahr erhöhen sich die Beschäftigungsverluste auf ein Maximum von 2,1 Mio. Personen (Abbildung 2).

⁴ Es wird hier aus Vereinfachungsgründen davon abstrahiert, dass durch einen teilweisen Wegfall von Überstundenzuschlägen durchaus auch die Monatslöhne sinken können.

⁵ Die zusätzlichen Senkungen der staatlichen Lohnausgaben leiten sich modellendogen aus der angenommenen Verminderung der Zahl der öffentlich Bediensteten ab.

Kurzfristig erklärt sich der Beschäftigungsabbau durch folgende Zusammenhänge:

Die Senkung des Stundenlohniveaus senkt die Lohnstückkosten und damit graduell auch das Exportpreisniveau gegenüber der Referenzlösung ab. Zwar steigt (unter anderem) aufgrund des kurzfristig gegenüber dem Ausland sinkenden Exportpreisniveaus der reale Außenhandelsüberschuss substantiell an (Abbildung 3). Der Anstieg dieser Komponente allein ist jedoch nicht in der Lage, den Zuwachs des realen BIP über die gestiegene Beschäftigungsschwelle zu heben. Die Unternehmensinvestitionen reagieren erst mit Zeitverzögerungen von mehreren Quartalen (im Mittel etwa drei Jahre) substantiell auf die infolge der Stundenlohnsenkung verbesserte Gewinnsituation, so dass auch von dieser Nachfragegröße kein unmittelbarer Wachstumsimpuls ausgeht. Da jedoch gleichzeitig die Erwerbstätigenproduktivität infolge der Arbeitszeitverlängerung stark ansteigt, erfolgen nun Entlassungen größeren Umfangs. Diese dämpfen zusätzlich die Entwicklung des privaten Konsums und damit auch die Entwicklung des realen BIP insgesamt. Die Unternehmensinvestitionen reagieren auf Nachfrageänderungen, anders als auf Gewinnänderungen, bereits relativ kurzfristig, daher sinkt kurzfristig per Saldo auch das Investitionsniveau. Infolge des geschilderten Prozesses stabilisiert sich die Beschäftigung in 2006 auf erheblich niedrigerem Niveau. Die deutliche Erhöhung der Arbeitslosigkeit führt im Übrigen zu einer erheblichen Verminderung der Verhandlungsmacht der Gewerkschaften und infolgedessen zu substantiellen Nominallohnverlusten gegenüber der Referenzlösung. Diese Nominallohnverluste bewirken einen zusätzlichen Rückgang der Lohnstückkosten und damit auch des inländischen und des Exportpreisniveaus.

Mittel- und langfristig nähert sich das Beschäftigungsniveau jenem der Referenzlösung wieder an, wobei jedoch auch am Ende des Simulationszeitraumes relative Beschäftigungsverluste in Höhe von 0,6 Mio. Personen erhalten bleiben.

Eine Ursache für die Erholung des Beschäftigungsniveaus ist die erhebliche relative Verbilligung der Arbeitskraft im Verhältnis zu Sachkapitalinvestitionen. Dadurch wird im Simulationszeitraum der zunehmende Einsatz vergleichsweise arbeitsintensiverer Produktionsverfahren be-

Abb. 1: Erwerbstätige: Abweichungen von der Referenzlösung
- in 1000 Personen -

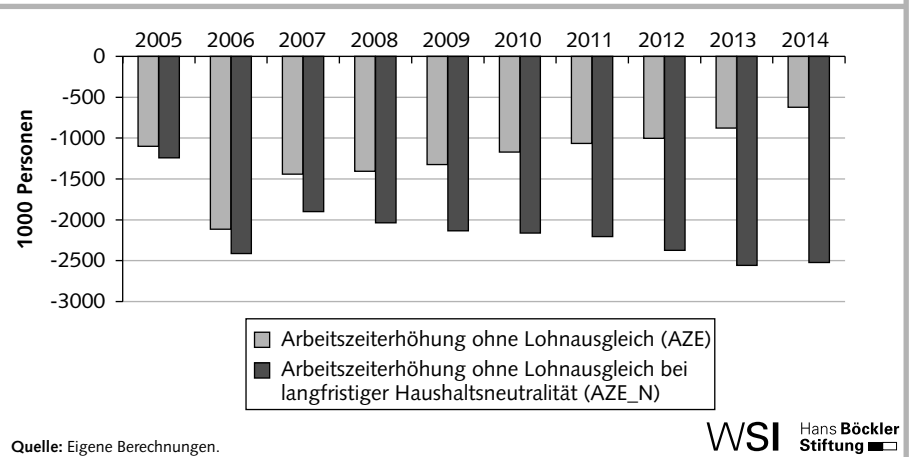


Abb. 2: Reales Bruttoinlandsprodukt: Abweichungen von der Referenzlösung - in % -

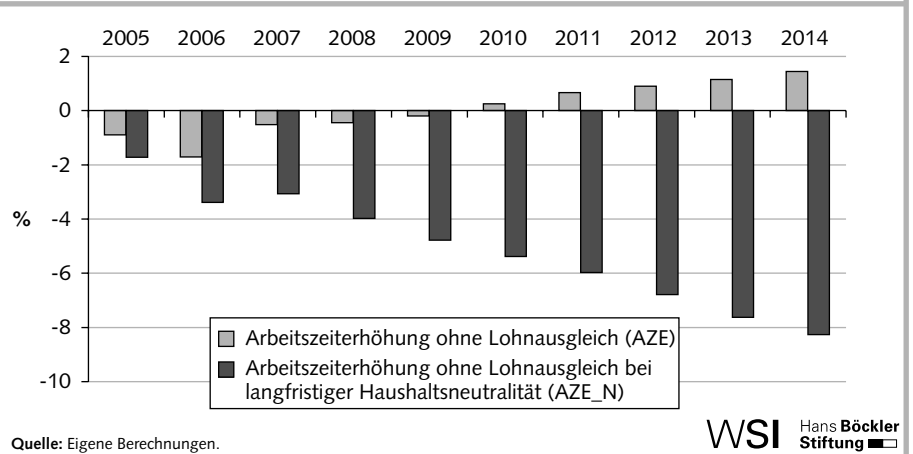


Abb. 3: Realer Exportüberschuss: Abweichungen von der Referenzlösung - in % -

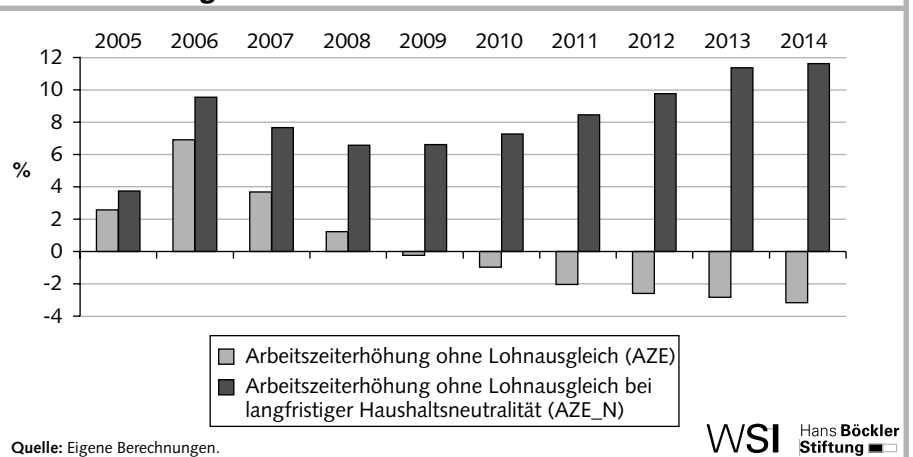
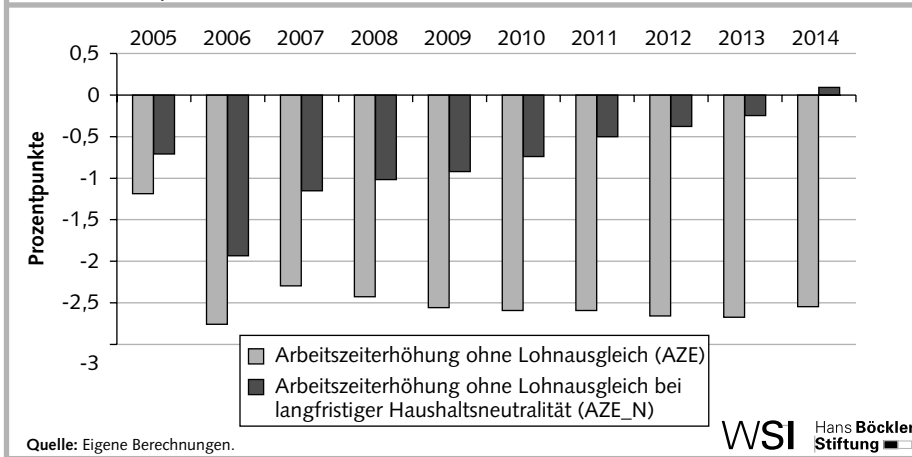


Abb. 4: Defizitquote: Abweichungen von der Referenzlösung
- in Prozentpunkten -



günstigt.⁶ Der anfängliche AZE-bedingte Zuwachs an Erwerbstätigenproduktivität bei kurzfristig konstanter Stundenproduktivität bildet sich im Zuge dieses graduellen Faktorsubstitutionsprozesses im Zeitablauf infolge der vergleichsweise geringeren Diffusionsrate sachkapitalgebundenen technischen Fortschritts in den Produktionsprozess und der damit einhergehenden abgeschwächten Entwicklung der Stundenproduktivität wieder zurück; damit steigt zugleich der Arbeitseinsatz je Produkteinheit im Vergleich zum Referenzpfad an. Obwohl dadurch langfristig gegenüber dem Referenzszenario sogar ein leichter Anstieg des gesamtwirtschaftlichen Arbeitsvolumens ausgelöst wird, werden die Beschäftigungsverluste nicht ausgeglichen, da dieses zusätzliche Arbeitsvolumen ohne weiteres durch die verminderte Zahl der effektiv 2,4 Wochenstunden länger arbeitenden Beschäftigten erbracht werden kann.

Die Verminderung der Beschäftigungsverluste wird zusätzlich dadurch begünstigt, dass die anfänglichen realen BIP-Verluste ab 2010 in einen leichten Anstieg gegenüber der Referenzlösung umschlagen. Die Ursache dafür liegt in einem relativen Anstieg der Unternehmensinvestitionen und des privaten Konsums ab 2010/11.

Die Nachfrageeinbrüche im Einführungszeitraum der Arbeitszeiterhöhungen führen bis 2010 zu mehr oder minder deutlichen Rückgängen der realen Unternehmensinvestitionen. Ab 2011 jedoch übertreffen sie das Referenzniveau, da sich der starke Anstieg der Sachkapitalrendite infolge der massiven Umverteilung zugunsten der Gewinneinkommen allmählich auf das Investitionsniveau auswirkt.

Der private Konsum nimmt gegenüber dem Referenzszenario in der kurzen Frist deutlich ab. Die prognostizierten Beschäftigungsverluste induzieren mittel- und unmittelbar ausgeprägte erhebliche Lohnkaufkraftverluste. Die Beschäftigten nehmen gegenüber der Referenzlösung zusätzlich zu der ohnehin vereinbarten Stundenlohnsenkung mittel- und langfristig erhebliche zusätzliche Nominallohnverluste hin, weil die Verhandlungsmacht ihrer Tariforganisationen sinkt. Da diese Nominallohnsenkungen kurzfristig nur unzureichend durch fallende Konsumentenpreise und geringere Steuerzahlungen infolge der bei unveränderten Steuertarifen abgemilderten „kalten Steuerprogression“ kompensiert werden, erfolgt gleichzeitig eine deutliche Absenkung der Nettoallohnsätze pro Zahlungsperiode.

Die Nettotransfereinkommen sind wesentlich ebenfalls an die Entwicklung der Nominallöhne oder aber an die Preisentwicklung gekoppelt. Bei der Berechnung des Anpassungssatzes der Renten wurde zusätzlich der ab 2005 in der Rentenanpassungsformel wirksame, um die Sicherungsklausel erweiterte Nachhaltigkeitsfaktor („Rürup-Faktor“) berücksichtigt. Stark fallende Löhne und Preise bei gleichzeitiger arbeitsmarktbedingter Verschlechterung der Relation von Erwerbstätigen zu Rentnern führen zu einem leicht zeitverzögerten deutlichen Absinken auch der nominalen und realen Nettotransfereinkommen. Die Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen steigen hingegen kräftig an. Aufgrund der durchschnittlich niedrigeren Konsumquote aus Gewinn- und Vermögenseinkommen kom-

pensiert der Anstieg der realen Gewinn- und Vermögenseinkommen jedoch nicht den Nachfrageausfall aus der kräftigen Reduktion der Realeinkommen in den übrigen funktionalen Einkommenskategorien.

Mittel- und langfristig werden jedoch leichte positive Differenzen des privaten Konsums gegenüber dem Referenzpfad erreicht. Ursächlich für dieses Ergebnis sind vor allem drei Faktoren:

(1) *Partieller Ausgleich der Nettoallohnverluste:* Fallende Preise dämpfen den primär entstandenen Nettoallohnverlust über die Zeitachse. Die erheblich niedrigere Nominallohnveränderung der Szenarien führt zudem bei gegebenen Einkommenssteuereckwerten und -sätzen zu einer deutlich geringeren effektiven Steuerbelastung der Bruttolöhne der abhängig Beschäftigten. Dieser positive Effekt wird durch die negative Wirkung des niedrigeren Beschäftigungsgrades auf den aggregierten Sozialversicherungssatz nur partiell konterkariert. Der mäßige Anstieg des aggregierten Sozialversicherungssatzes beruht vor allem auf der Wirkung des „Rürup-Faktors“.

(2) *Partieller Ausgleich der realen Nettotransfereinkommensverluste:* Auch die realen Transfereinkommensverluste werden durch den erheblich schwächeren Preisauftrieb vermindert.

(3) *Starker Anstieg der realen Gewinn- und Vermögenseinkommen:* Zugleich wachsen die realen verfügbaren Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, zusätzlich begünstigt durch den Preisverfall weiter stark an, so dass trotz der im Schnitt vergleichsweise unterdurchschnittlichen marginalen Konsumquote aus Einkommen dieser funktionalen Einkommensgruppe ein erheblicher positiver Impuls auf den privaten Konsum wirkt.

Der positive Beitrag des realen Außenhandelsüberschusses als der eigentlichen Zielgröße vieler Befürworter des Arbeitszeitverlängerungsansatzes bildet sich hingegen im Zeitablauf zurück. Da Deutschland kei-

⁶ Die Dynamik der gesamtwirtschaftlichen Produktionsfunktion des Modells bezüglich des relativen Einsatzes der Produktionsfaktoren „Kapital“ und „Arbeit“ ist im Wesentlichen geprägt durch die Annahme von Ex-Post-Limitationalität und Ex-Ante-Substitutionalität.

ne „Nischenökonomie“, sondern eine im Maßstab „Eurolands“ sehr große Volkswirtschaft ist, werden die Unternehmen der übrigen Eurozone den anfänglichen deutschen Preiswettbewerbsvorteil mit eigenen Preissenkungsstrategien begegnen müssen.⁷ Ein AZE-induzierter innereuropäischer Kostensenkungswettbewerb wird zudem den US-Dollar mittel- und langfristig unter zusätzlichen Abwertungsdruck gegenüber dem Euro setzen. Die kurzfristig gegebenen außenwirtschaftlichen Preiswettbewerbsvorteile Deutschlands nehmen daher allmählich ab und lassen den anfänglichen Zuwachs des Außenhandelsüberschusses langfristig abschmelzen.

Im Szenario AZE verbinden sich starke Rückgänge der nominalen Einkommen der Lohnabhängigen und Transfereinkommensbezieher mit sinkenden Beschäftigungsgraden. Auf dieser Basis entfalten sich ausgeprägte deflationäre Entwicklungen. Unter der Voraussetzung von gegenüber dem Referenzszenario unveränderten Steuertarifen führt dies zu erheblichen Einnahmeausfällen des Staatshaushaltes aus direkten und indirekten Steuern. Die Sozialabgaben der verbleibenden abhängig Beschäftigten werden hingegen modellendogen so angepasst, dass sich Sozialbeitragsentnahmen und beitragsfinanzierte Sozialausgaben in etwa ausgleichen. Der prozentuale Rückgang der aggregierten laufenden Staatseinnahmen gegenüber dem Referenzpfad fällt stärker aus als der entsprechende Rückgang des nominalen Bruttoinlandsproduktes, d.h. die Staatseinnahmen wachsen unterhalb der Rate des nominalen BIP. Gleichzeitig sinken die Staatsausgaben schwächer als das nominale BIP. Die zunehmende Erwerbslosigkeit mit ihren unmittelbaren und mittelbaren Wirkungen (Schuldendienst) führt also dazu, dass die laufenden Staatsausgaben schneller wachsen als das nominale BIP. Die sich öffnende Schere zwischen Staatsausgaben und Staatseinnahmen führt über den gesamten Simulationszeitraum zu nachhaltigen Erhöhungen der staatlichen Defizitquote um etwa 2,5 Prozentpunkte (*Abbildung 4*). In der Folge steigt auch die Staatsschuldenquote in Relation zum BIP um etwa 20 Prozentpunkte an. An eine Einhaltung des „Maastricht-Kriteriums“ oder gar ein „balanced budget“ wäre also bei einer Rückkehr zur tariflichen 40-Stundenwoche auf lange Sicht nicht zu denken. Es ist nicht anzunehmen, dass die Regierungsebene eine solche Entwicklung dem

Selbstlauf überlassen würde – vielmehr wäre mit einer Kette zusätzlicher „Sparrunden“ zu rechnen.

Die Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich führt somit nicht nur zu einer erheblichen Verschlechterung der Verteilungsposition der Lohnabhängigen und der Transfereinkommensbezieher. Zusätzlich findet ein erheblicher „fiscal drain“ des Staates als Träger unverzichtbarer gesellschaftlicher Bedarfe zugunsten der Bezieher von Gewinn- und Vermögenseinkommen statt. Neben den Lohnabhängigen finanziert auch der Staat die erheblichen Mehrgewinne der Unternehmen aus der Arbeitszeitverlängerung⁸. Selbst bei nicht an den Interessen der Lohnabhängigen orientierten Präferenzen hinsichtlich der gesellschaftlichen Einkommensverteilung muss die deutliche nachhaltige Verschlechterung des öffentlichen Finanzierungssaldos für ungedeckte nichtinvestive Ausgaben als ein entscheidender „Pferdefuß“ der auf Arbeitszeiterhöhung ohne Lohnausgleich beruhenden Strategie der Lohnsenkung festgestellt werden.

3.2 EFFEKTE BEI LANGFRISTIGEM AUSGLEICH ZUSÄTZLICHER ÖFFENTLICHER DEFIZITE

Für das Szenario AZE_N prognostiziert das Modell ein lang anhaltendes „Downhill-Rennen“ zwischen Staatsausgabenkürzungen und Staatseinnahmeverlusten, dessen Verlauf über den Großteil des Simulationszeitraumes an die Fabel von Hase und Igel gemahnt. Im Unterschied zur Fabel gewinnt der Hase namens Ausgabenkürzungen zwar am Ende des Simulationszeitraumes; die Defizitquote wird etwa auf das Niveau der Referenzlösung gedrückt (*Abbildung 4*). Aber um welchen Preis! Das Beschäftigungsniveau sinkt im Vergleich zur Lösung AZE nochmals deutlich ab (*Abbildung 2*); für das Jahr 2014 wird im Fall der flächendeckenden Wiedereinführung der 40-Stundenwoche in Verbindung mit verschärfter Konsolidierungspolitik ein Beschäftigungsminus von 2,5 Mio. gegenüber dem Referenzpfad prognostiziert. Diese Verluste gründen auf deutlichen Rückgängen des realen BIP gegenüber der Lösung AZE. Die Wiedereinführung der 40-Stundenwoche plus Konsolidierung senkt das reale BIP bis 2014 gegenüber dem Referenzpfad um 8,3 % ab (*Abbildung 1*).

Aber auch dieser Pyrrhussieg ist nur ein halber: Die Bruttostaatsschuldenquote ver-

harrt trotz geringerer zusätzlicher Nominalverschuldung infolge des stark gesunkenen Nenners (nominales BIP) in etwa auf dem Niveau der Lösung für eine Arbeitszeiterhöhung ohne Haushaltsanpassung; die simulierte Konsolidierungspolitik erweist sich in dieser Hinsicht als völlig wirkungslos.

Die deutlichen Reduktionen des realen BIP beruhen primär auf der erheblichen Verminderung des Staatsverbrauchs und der staatlichen Sozialleistungen (*Tabelle 2*). Der dadurch entstehende Entzug an Binnennachfrage führt zu erheblichen Einbrüchen des privaten Konsums und der Unternehmensinvestitionen, die sich im volkswirtschaftlichen Kreislaufgeschehen negativ verstärken.

Das mit dem primären Nachfragerückgang einhergehende sinkende Beschäftigungsniveau löst sekundäre Nachfragerückgänge aus, die wiederum Beschäftigungsverluste induzieren, und so fort. Die sinkende Nachfrage des Staates bzw. aus Sozialtransfers setzt so eine Reihe von zusätzlich deflationär wirkenden Abwärtsspiralen in Gang. In der Folge muss die Senkung des nominalen Staatsdefizits um 1 € mit einem Verzicht auf jeweils etwa 4 € nominales BIP erkaufte werden.

Der reale private Konsum nimmt gegenüber der Referenzlösung nachhaltig und mit wachsender Tendenz ab. Auslösend sind hier die sehr stark sinkenden realen Sozialtransferleistungen. Die hierdurch und durch den Abbau öffentlicher Beschäftigung induzierten zusätzlichen Beschäftigungsverluste senken die Lohnverhandlungsmacht der Gewerkschaften weiter ab. Daher erfolgt ein weiteres Absinken der Nominallöhne. Auch das infolge des extremen Nachfragemangels zusätzlich fallende Preisniveau kann nicht verhindern, dass sich die Reallohnverluste der Lohnabhängigen zusätzlich vergrößern.

Die zusätzlich relativ zum AZE-Szenario sinkenden Nominallöhne vermindern im übrigen die zentrale Komponente der Steuer- und Abgabenbasis weiter und tragen dadurch wesentlich zur wachstums- und beschäftigungspolitischen Ineffizienz

⁷ Vgl. zu den unterschiedlichen „Erfolgsaussichten“ temporärer Lohndumpingstrategien großer und kleiner Volkswirtschaften exemplarisch Flassbeck/Spiecker 2000, S. 16ff.

⁸ Der Staat finanziert letztlich in erheblichem Umfang „Binnenexporte“ im Sinne Kaleckis (Kalecki 1987).

Tabelle 2: Szenario AZE_N: Arbeitszeiterhöhung um drei Stunden ohne Lohnausgleich bei langfristiger Haushaltsneutralität

Jahr	2009	2014
Entstehung		
Erwerbstätige in 1000	-2136	-2522
Erwerbstätige in %	-5,7	-6,7
Arbeitslose in 1000	+1169	+1370
Arbeitslosenquote in Prozentpunkten	+3,1	+3,6
Arbeitsvolumen der Lohnabhängigen in %	0,0	-1,0
Sachkapitalstock des Unternehmenssektors in %	-1,3	-2,9
Erwerbstätigenproduktivität in %	+0,9	-1,7
Stundenproduktivität, Lohnabhängige in %	-5,7	-9,7
Kapazitätsauslastung in Prozentpunkten	-3,1	-5,1
Verwendung		
Reales BIP in %	-4,8	-8,3
Privater Konsum, real in %	-3,4	-7,1
Investitionen der Unternehmen o. Wohnbau, real in %	-7,4	-8,6
Wohnungsbauinvestitionen in %	-5,8	-4,8
Exportvolumen in %	-2,2	-2,8
Importvolumen in %	-3,5	-4,8
Außenhandelsüberschuss, real in %	+6,6	+11,6
Preise		
Konsumentenpreisdeflator in %	-4,9	-8,3
Investitionsgüterdeflator in % (Investitionen ohne Wohnbau)	-4,0	-7,1
Lohnstückkostenindex in %	-15,0	-20,7
Exportpreisdeflator in %	-3,8	-7,1
Importpreisdeflator in %	-3,9	-7,0
Verteilung		
Bruttolohnsatz, nominal in %	-14,4	-23,4
Nettolohnsumme in %	-17,5	-24,6
Nettosozialtransfers in %	-10,2	-20,9
Nettogewinn- und Vermögenseinkommen in %	+7,0	+2,5
Durchschnittlicher Nettoallohnsatz in %	-7,2	-11,0
Durchschnittlicher realer Nettotransfereinkommenssatz je Nichterwerbstätigen in %	-10,3	-19,0
Durchschnittlicher realer Nettogewinn- und Vermögenseinkommenssatz je Selbständigen in %	+12,6	+11,8
Sachkapitalrendite in Prozentpunkten	+1,2	+1,2
Staat		
Summe der Sozialversicherungssätze in Prozentpunkten	+1,8	+0,8
Defizitquote in Prozentpunkten (negatives Vorzeichen: Verschlechterung)	-0,9	+0,1
Relation Schuldenstand zu BIP in Prozentpunkten	+11,0	+17,4
Zinsen und Wechselkurse		
Kurzfristiger Zinssatz in Prozentpunkten	0,0	0,0
Langfristiger Zinssatz in Prozentpunkten	0,0	0,0
USD/EUR-Wechselkurs in US-Cent	+10,1	+10,8

Quelle: Eigene Berechnungen.

WSI Hans Böckler Stiftung

der simulierten Konsolidierungspolitiken bei. Im Übrigen gelingt es trotz der Senkungen des Niveaus der individuellen Sozialtransferleistungen nicht, das aggregierte Beitragssatzniveau auch nur unter jenes der AZE-Lösung zu drücken.

Der Anstieg der Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen fällt erheblich schwächer aus als im Szenario AZE. Das gleiche gilt für die Sachkapitalrendite. Ursache dafür ist im Wesentlichen die Reduktion der durch zusätzliche Haushaltsdefizite finanzierten, konsumti-

ven „Binnenexporte“ gegenüber der Lösung AZE. Der Anstieg der realen Einkommen reicht nicht annähernd aus, um die Nachfrageausfälle aus der Verminderung der übrigen funktionalen Einkommensgrößen zu kompensieren.

Der reale Außenhandelsüberschuss steigt gegenüber dem Referenzpfad nachhaltig an (Abbildung 3). Im Unterschied zum Szenario AZE ist dieser Anstieg jedoch nicht auf ein infolge steigender Preiswettbewerbsfähigkeit erhöhtes Exportvolumen zurückzuführen. Vielmehr erfolgt die Er-

höhung hier auf „passivem“ Wege: Das Exportvolumen sinkt schwächer als das, durch Nachfragemangel bedingt, noch stärker abnehmende Importvolumen. Das Exportvolumen sinkt ab, da die schwache Wirtschaftsentwicklung in Deutschland mittelbar auch die Binnennachfrage der übrigen EU, und folglich auch deren Importnachfrage schwächt.

Der nachhaltige und wachsende Rückgang der realen Nachfrage gegenüber dem Referenzszenario bewirkt eine erhebliche relative Verminderung der realen Unternehmensinvestitionen. Der Einfluss der gegenüber dem Referenzszenario steigenden Sachkapitalrendite des Unternehmenssektors wird dauerhaft weit übertroffen durch den negativen Effekt des anhaltenden relativen Nachfrageverfalls, welcher den Investoren dauerhaft verminderten Kapitalstockanpassungsbedarf signalisiert. Der Zuwachs der Sachkapitalrendite gegenüber der Referenzlösung fällt im Übrigen deutlich geringer aus als in der Lösung AZE. Der deutliche Rückgang des Investitionsniveaus führt zu einer stark verminderten Diffusionsrate des sachkapitalgebundenen technischen Fortschritts in den Produktionsprozess. Daher entwickelt sich auch die Stundenproduktivität relativ zum Referenzpfad deutlich schwächer als in den bisher betrachteten Szenarien. Selbst die anfänglich kräftigen Steigerungen der Erwerbstätigenproduktivität infolge der Arbeitszeiterhöhung gegenüber dem Referenzszenario schmelzen infolge des Rückgangs sowohl des Kapitalstocks als auch seines Modernitätsgrades ab und unterschreiten langfristig sogar das Niveau des Basispfades. Für das Ende des Simulationszeitraums werden also sowohl Stunden- als auch Erwerbstätigenproduktivitätsverluste prognostiziert.

Obwohl die Lohnstückkosten im Verhältnis zu den Kapitalkosten im Vergleich mit dem Szenario AZE gegenüber dem Basispfad zusätzlich sinken, reicht die faktorsubstitutionsbedingte Mehrnachfrage nach Arbeitsstunden auch in Verbindung mit der stark gesunkenen Stundenproduktivität mittel- und langfristig nicht aus, um den Rückgang der Arbeitsnachfrage, der durch die erheblich verminderte Güternachfrage ausgelöst wird, dauerhaft zu kompensieren. Infolge des Nachfragerückgangs sinkt das Arbeitsvolumen langfristig sogar noch unter das Niveau der Basislösung. Der so induzierte zusätzliche Beschäftigungsrückgang wird durch die mit

der Konsolidierungspolitik verbundene Absenkung des öffentlichen Beschäftigungsniveaus über den im Referenzszenario ohnehin unterstellten negativen Trend hinaus nochmals erhöht.

2

Resümee

Ist Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich der „Königsweg“ aus der Beschäftigungskrise?

Selbst unter der Annahme, dass die Wirkungen von Arbeitszeiterhöhungen ohne Lohnausgleich durch die untätige Hinnah-

me eines steigenden Defizits infolge wegbrechender Steuerbasis durch den Staat begünstigt werden, sinkt die Beschäftigung erheblich ab. Zwar steigt in diesem Fall das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen überwiegend faktorsubstitutionsbedingt an; der Anstieg bleibt jedoch hinter jenem der individuellen Arbeitszeit zurück, so dass auch bei langfristig geringfügig höherem realen Bruttoinlandsprodukt die „Beschäftigungsschwelle“ unterschritten bleibt.

Die Absenkung des Beschäftigungsniveaus zeitigt erhebliche Einnahmeverluste des Staates, denen infolge gestiegener Arbeitslosigkeit höhere Ausgaben gegenüberstehen. Dadurch erhöht sich das öffentliche Defizit, und besonders jenes der konsumti-

ven Staatsausgaben, beträchtlich. In der Wirklichkeit ist nicht anzunehmen, dass der Staat über konsumtiv bedingte Erhöhungen der Defizitquote nonchalant hinwegsieht. Verfolgt der Staat, wie zu erwarten, konsequent eine Politik der Haushaltskonsolidierung über die Ausgabenseite, dann entstehen Gesamtnachfrageverluste, die sich langfristig verstärken. Die daraus resultierenden zusätzlichen Beschäftigungsverluste setzen eine wachstums- und beschäftigungspolitische Abwärtsspirale in Gang. Ein temporär ausgeglichener Haushalt wird bei Umsetzung dieser Politik erst auf einem die Referenzlösung deutlich unterschreitenden Output- und Beschäftigungsniveau erreicht.

LITERATUR

Bartsch, K./ Heise, A./ Mülhaupt, B./ Seifert, H. (1997): Szenarien zur Halbierung der Massenarbeitslosigkeit, Berlin

Bartsch, K. (2002): Das makroökonomische Deutschlandmodell LAPROSIM QD 8.3 E, WSI Diskussionspapier 108, Düsseldorf

Böckermann, P./ Kiander, J. (1998): Has Work-Sharing Worked in Finland?, Helsinki

Citigroup (2004): Germany: Does Working Time Matter?, in: Euro Weekly, August 5, 2004

Flassbeck, H./ Spieker, F. (2000): Löhne und Arbeitslosigkeit im internationalen Vergleich, Berlin 2000

Hein, E./ Mülhaupt, B./ Truger, A./ Bartsch, K. (Mitarbeit) (2004): WSI-Standortbericht 2004: Demographische Entwicklung – Ein Standortproblem?, in: WSI-Mitteilungen 6

Hunt, J. (1996): Has Work-Sharing Worked in Germany?, NBER Working Paper 5724

Institut der deutschen Wirtschaft (2003): Arbeitszeitverlängerung – Wieder in die Hände spucken, in: iwd 25

Kalecki, M. (1987): Über Außenhandel und „Binnenexporte“; in: Kalecki, M.: Krise und Prosperität im Kapitalismus, Marburg

Klauder, W./ Schnur, P./ Zika, G. (1996): Wege zu mehr Beschäftigung – Simulationsrechnungen bis zum Jahr 2005 am Beispiel Westdeutschland, Nürnberg

Logeay, C./ Schreiber, S. (2003): Effekte einer Arbeitszeitverkürzung – Empirische Evidenz für Frankreich, DIW Diskussionspapier 362, Berlin

Schank, T. (2003): The Impact of Working Time on Employment, Wages and Productivity, BeitrAB 269, Nürnberg

Steiner, V./ Peters, R.-H. (2000): Employment Effects of Work Sharing – an econometric analysis for West Germany, ZEW Discussion Paper 00-20, Mannheim